

Andreas Rödder

Ende Februar 1990 erreichten die deutsch-amerikanischen Regierungsbeziehungen einen Höhepunkt: Als erster deutscher Bundeskanzler wurde Helmut Kohl auf den Landsitz des amerikanischen Präsidenten in Camp David eingeladen, wo George Bush senior, James Baker und Helmut Kohl das weitere transatlantische Vorgehen auf dem Weg zur deutschen Einheit koordinierten. Schon nach dem Fall der Berliner Mauer hatte Washington die Bundesregierung unterstützt, als Kohl mit dem Zehn-Punkte-Programm das Thema der Wiedervereinigung auf die internationale Tagesordnung gesetzt hatte und damit auf massive Widerstände aus Moskau, London, Paris und einigen anderen Hauptstädten stieß. Nun übernahm die US-Regierung den Part, die Wiedervereinigung Deutschlands nach außen zu flankieren. Ohne diese Unterstützung wäre die Wiedervereinigung nicht in der Form durchsetzbar gewesen, wie sie 1990 zur historischen Realität wurde.

Mit der Wiedervereinigung Deutschlands und dem Sieg des Westens unter amerikanischer Führung im Ost-West-Konflikt – und zwar zu westlichen Maximalbedingungen – erreichte die transatlantische Partnerschaft ihr Ziel. Vier Jahrzehnte zuvor war sie aus einer historisch eigentümlichen Interessenkoinzidenz vormaliger Kriegsgegner heraus entstanden.

Konrad Adenauer hatte sehr bald nach dem Zweiten Weltkrieg in aller Klarheit erkannt, dass der Westen Deutschlands,

aber auch der Westen Europas nur dann gegen den Sowjetkommunismus überleben könnten, wenn der Westen sich zusammenschlösse und auch das westliche Deutschland integriere. Dabei räumte er dem sicherheitspolitischen Ziel der Westbindung eindeutigen Vorrang vor dem nationalpolitischen Ziel einer Wiedervereinigung ein.

Umgekehrt wurde der Regierung der USA, die sich mit dem Ausbruch des Kalten Krieges als umstrittene Führungs- mächt innerhalb des Westens etablierte, der strategische (und natürlich auch der ökonomische) Wert dieses östlichen Vorpostens des Westens klar. Die Bundesrepublik diente als wichtiger, als exponierter Bündnispartner im Ost-West-Konflikt, der auch die Disposition der amerikanischen Außenpolitik vorrangig bestimmte.

Allianz für Sicherheit

Die deutsch-amerikanische Allianz stand stets unter dem „Pramat der militärischen Sicherheit“ (Lily Gardner Feldman). Sie blieb gebunden an die sicherheitspolitischen Interessen – und an die machtpolitischen Realitäten. Denn sie war immer ein Verhältnis zwischen ungleichgewichtigen Partnern: zwischen Supermacht und Juniorpartner.

In dieser Konstellation eröffneten sich der Bundesrepublik immer dann internationale politische Handlungsspielräume, wenn sie sich in grundsätzlicher Übereinstimmung mit ihren militärischen Bündnispartnern befand, insbesondere natürlich mit den USA. Umgekehrt ende-

ten ihre internationalen Handlungsmöglichkeiten an den Grenzen des Einvernehmens mit den westlichen Bündnispartnern. Stimmten die bundesdeutschen Interessen mit denen der Bündnispartner nicht überein, blieb Bonn letztendlich nur die – oft genug schmerzliche – Anpassung.

Ostpolitik als aktive Anpassung

Das galt erstmals in den sechziger Jahren, als sich die Bundesregierung unter den Vorzeichen der heraufziehenden Entspannung vom Pramat der Deutschlandpolitik und der Wiedervereinigung verabschieden musste. Kraftvoll tat diesen unumgänglichen Schritt schließlich die sozial-liberale Koalition mit ihrer Ostpolitik. Die Bedeutung der Ostpolitik lag weniger in ihren deutschlandpolitischen Konzeptionen oder gar in den Optionen für eine Wiedervereinigung. Im Wesentlichen war sie vielmehr eine Politik der aktiven Anpassung. Sie brachte, wie Egon Bahr selbst im Februar 1972 bilanzierte, „das Schiff vor den Wind der weltpolitischen Entwicklung“, und so eröffnete sie der Bundesrepublik die außenpolitischen Handlungsspielräume, die ihr als Mittelmacht zugänglich waren.

Hatte am Anfang der sozial-liberalen Koalition eine geglückte Anpassung an die äußereren Anforderungen gestanden, so scheiterte sie ein Jahrzehnt später daran, dass sie sich einer weiteren unumgänglichen Anpassung verweigerte: dem Vollzug des NATO-Doppelbeschlusses, der an der Wende von den siebziger zu den achtziger Jahren zu einer doppelten Grundsatzfrage der Glaubwürdigkeit geworden war – innerhalb der NATO sowie zwischen Ost und West. Während Helmut Schmidt auf internationaler Ebene, obwohl bis zuletzt loyal zu dem Beschluss, zwischen Ost und West zu vermitteln suchte, verweigerten ihm weite Teile der eigenen Partei die Gefolgschaft.

Es war Helmut Kohl, der diese neuerliche Anpassungsleistung an die weltpoli-

tische Konstellation vollzog: Die Stationierung atomarer Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik seit 1983, war für ihn ein demonstrativer Kraftakt der Bündnistreue. Überhaupt stand die Loyalität zum westlichen Bündnis und zur transatlantischen Allianz auf Kohls Prioritätenliste ganz oben.

Dennoch blieb auch dieser dezidiert bündnistreue Kanzler vom amerikanischen Unilateralismus nicht verschont. Das galt nicht zuletzt für die Rüstungspolitik: Nach dem INF-Vertrag (INF = Intermediate Range Nuclear Forces) zum vollständigen Abbau atomarer Mittelstreckenraketen vom Dezember 1987 verblieben in Europa an atomaren Waffen nur mehr die Kurzstreckenraketen, die allein deutsches Territorium bedrohten. Statt allerdings auf eine Beseitigung auch dieser Waffen zu drängen, wollten die Regierungen in Washington und London sie vielmehr modernisieren, um die atomare Abschreckung nicht völlig aufzugeben. Die Debatte um diese Modernisierung führte die NATO 1988/89 in eine schwere Krise, die Grundsatzfragen über die Position der Bundesrepublik innerhalb des westlichen Bündnisses aufwarf. In diesen schwierigen Gewässern suchte George Bush senior die Bundesrepublik als „partner in leadership“ im Boot zu halten.

Um wie vieles mehr sollte dies nach der Wiedervereinigung gelten, die durch die transatlantische Partnerschaft überhaupt erst möglich geworden war und mit der die Bundesrepublik zu einem ungleich potenteren Staat geworden zu sein schien.

Weltpolitik mit Verve

Es ist anders gekommen. Als amerikanischen „partner in leadership“ wird die Bundesrepublik derzeit wohl niemand bezeichnen. Vielmehr liegen die deutsch-amerikanischen Regierungsbeziehungen in Scherben. Die Bundesregierung orientiert sich mehr nach Paris und Moskau,

und Washington hat nur mehr begrenztes Interesse an einem Land, das nicht in neuer Stärke erblüht ist, sondern zu verwelken droht.

Nicht nur dies hat sich geändert, sondern zwei konstitutive Faktoren innerhalb des Staatsystems, einer auf jeder Seite.

Erstens übte der Ost-West-Konflikt durch die Verbindung von sowjetischer Gegenmacht und atomarer Abschreckung disziplinierende Wirkung auf die amerikanische Supermacht aus. Mit dem Zusammenbruch des Ostblocks fiel diese Begrenzung weg – und die revolutionäre Tradition der einzige verbliebenen Weltmacht brach sich Bahn. Unter dem sendungsbewussten Unilateralisten George Bush junior kam der missionarische Zug mit zivilreligiösem Antrieb – schon seit Theodore Roosevelt und Woodrow Wilson unter Dampf – voll in Fahrt. Die Richtung ist im Grunde eine alte: *making the world safe for democracy* – die Verbreitung des *American way of life*, der globale Kreuzzug für die Heilsbotschaft von Freiheit und Demokratie, von Menschenrechten und Marktwirtschaft, verbunden mit seiner offensiven Verteidigung gegen jede Bedrohung, in diesem Fall durch den als Feind definierten Terrorismus.

In dieser Politik verbinden sich entschlossener Wille und verfügbare Mittel, unter Einschluss weit reichender Maßnahmen wie Präventivschlägen und gewaltamen Regimewechseln. Mehr denn je betreiben die USA Weltpolitik mit Verve, entschlossene Führung ins Ungewisse.

Damit hatte die Bundesrepublik offenkundig nicht gerechnet, die sich nach 1990 ebenfalls – dies ist die zweite grundlegende Veränderung – in einer neuen Gesamtlage wiederfand. Jedenfalls fiel es ihr ungleich schwerer, lieb gewordene Gewohnheiten der Sondersituation des Ost-West-Konfliktes abzustreifen und sich den neuen Gegebenheiten anzupassen. Allzu sehr hatte sich die Bundesre-

publik an den Komfort gewöhnt, von militärischer Verantwortung entlastet zu sein. Die Räson „nie wieder Krieg“ hatte Waffengewalt aus dem deutschen außenpolitischen Denken und Handeln verbannt; die Bundesrepublik genoss die Ruhe im Auge des Taifuns.

Erst die rot-grüne Regierung brach das Tabu mit dem bewaffneten Einsatz der Bundeswehr im Kosovo – zudem ohne Mandat der Vereinten Nationen – im Jahr 1999. Auch den USA stellte sich Bundeskanzler Schröder nach dem 11. September 2001 zunächst uneingeschränkt an die Seite, ehe er ein Jahr später einen schon verloren geglaubten Wahlkampf durch eine scharfe Volte gegen die amerikanischen Aspirationen im Irak herumriss.

Strukturelle Entfremdung

Über dieser Kehrtwende gingen die deutsch-amerikanischen Regierungsbeziehungen in Scherben. Dabei geht es um mehr als nur darum, ob George und Gerd, ob Joschka und Condi persönlich „miteinander können“. Denn wenn es ernst wird und wenn entschieden wird – und die amerikanische Politik zeigt den entwöhnten Deutschen: Es wird entschieden, und zwar ganz entschieden –, dann wird aus vermeintlich lebensfernen Verküstelungen der Diplomatie ganz schnell Ernst, auch blutiger Ernst.

Inzwischen stellt sich die Bundesregierung der amerikanischen Politik zuweilen direkt entgegen. So wirbt der Bundeskanzler etwa für die Aufhebung des EU-Waffenembargos gegen China. Verwunderlich ist dabei nicht nur, dass er als Begründung allein die deutschen ökonomischen Chancen in China anführt, denen eine rot-grüne Regierung somit ganz offen den Vorrang vor Fragen der Menschenrechte gibt. Nicht weniger zielt diese Initiative direkt gegen die amerikanische Fernostpolitik, die Taiwan gegen die deutlich artikulierte Existenzbedrohung durch die Volksrepublik China zur Seite steht.

Umgekehrt unterstützt die US-Regierung, die 1990 half, die Wiedervereinigung durchzupauken, heute nicht einmal mehr den deutschen Wunsch nach einem Ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat (der, ohne Vetorecht ausgestattet, ohnehin ein Sitz zweiter Klasse wäre). Vor allem aber herrscht in den USA Desinteresse an Deutschland: Das Land in der Mitte des „alten Europas“ ist für die global ausgerichtete Weltmacht zunehmend irrelevant. Es ist weltpolitisch-strategisch keine Hilfe, es ist militärisch ziemlich wertlos und inzwischen nicht einmal mehr als Wirtschaftsmacht von besonderem Interesse.

Offenkundig haben wir es nicht nur mit punktuellen Auseinandersetzungen zu tun, sondern mit einer strukturellen Entfremdung, auf beiden Seiten. Der „Rahmen eines gemeinsamen Sinns und Zwecks“ (Henry Kissinger) ist der deutsch-amerikanischen Partnerschaft abhanden gekommen.

Da die transatlantische Allianz immer unter dem „Primat der militärischen Sicherheit“ stand, hinterlässt ihre Erosion für die Bundesrepublik eine sicherheitspolitische Lücke. Die Bundesregierung versuchte diese Lücke einerseits durch verstärkte europäische Integration zu füllen und andererseits durch punktuelle bilaterale Interessenkoalitionen, insbesondere mit Frankreich und Russland – gerade im letzteren Fall mit einem Präsidenten, der den Untergang der Sowjetunion als größte machtpolitische Katastrophe des zwanzigsten Jahrhunderts beklagt, mit einer Regierung, die jedes Schuldeingeständnis von Unrecht gegenüber den Völkern Osteuropas verweigert, und mit einem Land, in dem Menschenrechte, Demokratie und *good governance*, die proklamierten Prinzipien rot-grüner Außenpolitik, doch nur höchst eingeschränkt verwirklicht sind.

So verwundert es nicht, dass der Bundesregierung von linken Menschen-

rechtsvertretern bis zu konservativen Realisten beinahe unisono der Vorwurf eines hilflosen außenpolitischen Irrlichters entgegenschallt.

Rolle der Mittelmacht

Von einer „Republik ohne Kompass“ sprach Hans-Peter Schwarz, ohne den Kompass einer „wohlverstandenen Staatsräson“ (*Republik ohne Kompass*, Berlin 2004). Sie würde voraussetzen, zunächst einmal eine Bestandaufnahme vorzunehmen, worin eigentlich die nationalen Interessen Deutschlands liegen – und zwar anstatt sich allein einer unhinterfragten europäischen Maximalintegration zu verschreiben, wie sie seit der Wiedervereinigung zur Leitlinie in Deutschland (und unter den größeren Staaten auch nur dort) geworden ist: der Maxime eines Integrations-Automatismus, der alles Nationalstaatliche am liebsten in einem europäischen Super-Bundesstaat auflösen möchte, den doch gerade die jüngsten Volksabstimmungen als ein von den Bevölkerungen abgekoppeltes Projekt einer entrückten europapolitischen Elite enthüllt haben, vom völligen Scheitern einer gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik ganz zu schweigen.

Zu einem solchen Klärungsprozess nationaler Interessen gehört auch das deutsch-amerikanische Verhältnis. In der Tat lässt sich die Art von deutscher Loyalität, wie sie bis zum Ende des vorigen Jahrzehnts üblich war, gegenüber dem entfesselten amerikanischen Unilateralismus nicht unverändert fortsetzen oder wiederaufnehmen. Kalte oder heiße Entfremdung von der amerikanischen Weltmacht aber kann auch nicht im deutschen Interesse liegen. Im Gegensatz zu den USA ist und bleibt die Bundesrepublik eine Mittelmacht – nicht autonom, sondern strukturell abhängig von den Wechselfällen des Staatensystems. Und die können sehr schnell sehr ernst werden.